Motion: Gleiche Chancen bei der Berufswahl – gute Rahmenbedingungen für Schnupperlehren

Antrag

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, gemeinsam mit dem Schulrat die kommunalen Regelungen so anzupassen, dass:

- Schülerinnen und Schüler der Real- und Sekundarschule gleichwertige Möglichkeiten für Schnupperlehren während der Schulzeit erhalten;
- gute und bedarfsgerechte Rahmenbedingungen für Schnupperlehren geschaffen werden;
- für Schnupperlehren während der Schulzeit keine Jokertage eingesetzt werden müssen;
- die Lehrstellensuche und damit verbundene Schnupperlehren während der Schulzeit bereits ab der 1. Oberstufe möglich sind. Ein genereller Ausschluss aufgrund der besuchten Klasse ist nicht zulässig.

Die konkrete Ausgestaltung soll der Schulrat ausarbeiten und vorschlagen. Sie soll dem individuellen Berufswahlprozess und den Gegebenheiten der Lehrstellensuche Rechnung tragen.

Begründung

Eine fundierte Berufswahl braucht praktische Einblicke. Jugendliche sollen Berufe und Lehrbetriebe kennenlernen und prüfen können, welcher Weg zu ihnen passt.

Entscheidend für die Möglichkeit einer Schnupperlehre während der Schulzeit soll der Bedarf im Berufswahlprozess sein, nicht der besuchte Schultyp. Schülerinnen und Schüler der Real- und Sekundarschule sollen deshalb gleichwertige Möglichkeiten erhalten.

Schnupperlehren sollen als Teil der beruflichen Orientierung ermöglicht und unterstützt werden. Sie sollen nicht zulasten der frei verfügbaren Jokertage gehen. Dieser Grundsatz ist in den kommunalen Regelungen klar zu verankern.

Der Berufswahlprozess verläuft nicht bei allen Jugendlichen im gleichen Tempo. Die Regelung soll deshalb ausdrücklich ermöglichen, bereits ab der 1. Oberstufe eine Lehrstelle zu suchen und während der Schulzeit Schnupperlehren zu absolvieren. Massgebend sollen der individuelle Bedarf und die Gegebenheiten der Lehrstellensuche sein. Eine pauschale Verschiebung auf eine spätere Klasse soll ausgeschlossen werden.

Die Motion legt die politischen Ziele fest, überlässt die konkrete Ausgestaltung jedoch dem Schulrat. Dieser soll eine praxistaugliche Regelung ausarbeiten, die den Bedürfnissen der Jugendlichen und einem geordneten Schulbetrieb Rechnung trägt. Unterschiedliche Formen der Begleitung und Unterstützung bleiben weiterhin möglich.

Klosters, 9.11.2026

Im Namen der Mitte-Fraktion.

Erstunterzeichner:

Mitunterzeichnende: